

# Posener Zeitung.

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
21 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Inserate**  
1/4 Sgr. für die fünfgespal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 26. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Tribunalsrath Wenzel in Königsberg als Kammergerichts-  
rath an das Kammergericht zu versetzen, ferner den seitberigen Superinten-  
dent und Pfarrer Taube zu Unterbarnau zum Konsistorialrath bei der  
Regierung zu Bromberg, und den Kreisrichter Conzbruch in Warburg  
zum Staatsanwalt in Herford zu ernennen.

Der Rechtsanwält und Notar von Fern zu Berlin ist in gleicher  
Eigenschaft an das Kreisgericht zu Spremberg, mit Anweisung seines Wohn-  
sitzes in Popperswerda, versetzt worden.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den nachbenann-  
ten Offizieren und Mannschaften der Marine Orden und Ehrenzeichen zu  
verleihen, und zwar: die Schwerter zum Rothen Adlerorden vierter Klasse:  
dem Korvetten-Kapitän Vatsch; den Rothen Adlerorden vierter Klasse mit  
Schwertern: dem Kapitän-Lieutenant Arendt, dem Kapitän-Lieutenant  
Löffler, dem Kapitän-Lieutenant à la suite von Saint-Paul, per-  
sönlichem Adjutant des Prinzen Adalbert von Preußen Königl. Hoheit,  
dem Lieutenant zur See Donner, dem Lieutenant zur See von Kall; den  
Königlichen Kronenorden vierter Klasse mit Schwertern: dem Kapitän-Lieutenant  
Mac-Lean; das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse: dem Boots-  
mannsmaat 2. Klasse Krause, dem Feuerwerksmaat 2. Klasse Dachs, so  
wie den Matrosen 2. Klasse Wendler und Pust von Sr. Majestät Dampf-  
kanonenboot „Blitz“.

Das 42. Stück der Gesefsammlung, welches heute ausgegeben wird,  
enthält unter: Nr. 5959. das Statut, betreffend die Stiftung einer Kriegs-  
denkmünze für den Feldzug 1864; vom 10. November 1864; unter Nr. 5960  
den Allerhöchsten Erlaß vom 23. September 1864, betreffend die Verleihung  
der fiktionalen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreischauf-  
se: 1) von der Deutener Kreisgrenze bei Brzezinska bis Kopeziowiz,  
2) von Pleß bis zur Hübener Kreisgrenze auf Jatzemb, 3) von Nicolai  
über Lajest zum Anschluß an die Drzescher-Schrauer Chaussee bei Woschewitz,  
4) von der Nicolai-Krauscher Staatschaufsee bei Neuberin bis Pleß, 5) von  
Nicolai bis an die Deutener Kreisgrenze bei Dchojek; unter Nr. 5961 das  
Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lauterer Kreisobliga-  
tionen des Pleßer Kreises im Betrage von 250,000 Thalern; vom 28. Sep-  
tember 1864; unter Nr. 5962 den Allerhöchsten Erlaß vom 7. Okt. 1864, be-  
treffend die Verleihung der fiktionalen Vorrechte für den Bau und die Unter-  
haltung einer Chaussee von Butlis bis zum Anschluß an die Korfädt-Gül-  
liger Chaussee im Westpreign Kreis des Regierungsbezirks Potsdam,  
und unter Nr. 5963 die Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Geneh-  
migung der Abänderung des Statuts der Bergbau-Altiengesellschaft Holland  
zu Wattenscheid im Regierungsbezirk Amsberg; vom 20. Oktober 1864.  
Berlin, den 21. November 1864.  
Debits-Comtoir der Gesefsammlung.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Minden, 25. November, Nachmitt. Se. Majestät  
der König ist heut Morgen 8 Uhr, empfangen von den  
Spitzen der Civil- und Militär-Behörden hier eingetroffen  
und im Hotel zur Stadt London abgestiegen. Um 10 Uhr  
sah bei Schnee und Regenwetter die Parade auf der Min-  
dener Haide statt. In dem zahlreichen Gefolge seiner Ma-  
jestät befanden sich der Fürst von Lippe-Schaumburg, der  
Prinz Friedrich Karl, die Prinzen Albrecht, Vater und Sohn,  
die Generale Herwarth von Bittensfeld und von Manteuffel.  
Die Truppen der 13. Division waren in drei Treffen auf-  
gestellt. Das erste Treffen bildeten die vier Infanterie-  
Regimenter 13, 53, 15 und 55, das 7. Pionier- und das  
7. Jäger-Bataillon. Das zweite Treffen bestand aus dem  
vierten Kürassier-Regimente, aus einer Fuß- und einer rei-  
tenden Abtheilung des 7. Artillerie-Regiments. Das dritte  
Treffen endlich wurde durch drei Munitions-Kolonnen ge-  
bildet. Der König durchritt unter stürmischem Hurrah-  
rufen der Truppen die drei Treffen. Nach stattgehabtem  
Vorbeimarsch wurden sämtliche Dekorirte zusammenge-  
rufen. Se. Majestät hielt eine Ansprache an die Dekorir-  
ten, an deren Schlusse es hieß: Für Ihre treue Hingebung  
und Tapferkeit sage ich Ihnen, meine Herren, meinen war-  
men innigsten Königlichen Dank.

Nach der Parade fand um 12 Uhr in der Stadt Lon-  
don ein Dejeuner statt.

Die Rückreise nach Berlin wird Se. Majestät um  
2 1/2 Uhr Nachmittags mit dem Schnellzuge antreten.

London, 25. November, Abends. Den mit dem  
Dampfer „Persia“ aus Newyork vom 16. d. Morgens über-  
brachten Nachrichten zufolge waren weitere Berichte vom  
General Sherman in Newyork noch nicht eingetroffen. Es  
hieß, der General der Konföderirten Hood marschiere gegen  
Chattanooga; General Forrest sei zu ihm gestoßen.

Vom virginischen Kriegsschauplatz war gemeldet, daß  
die Konföderirten bei dem Versuche, die Linien Grant's zu  
durchbrechen, zurückgeschlagen sind.

Der Unionsgeneral Sheridan steht noch in der Umge-  
gend von Winchester.

Brüssel, 25. November, Nachmittags. In der heu-  
tigen Sitzung des Senats wurde das Stipendiengesetz mit  
28 gegen 26 Stimmen angenommen, nachdem vorher der in  
der gestrigen Sitzung verworfene Artikel 49 mit derselben  
Stimmenzahl in das Gesetz wieder aufgenommen war.  
Drei Senatoren enthielten sich der Abstimmung.

## Die Ultraliberalen.

Es ist manches Anzeichen dafür, daß die Ultraliberalen wieder an-  
fangen, sich zu sammeln, und Zeit wäre es gewiß dazu, nachdem sie  
zwei Jahre lang der politischen Verwicklung ruhig zugehört haben. In  
Krefeld wurde der sich zur Fraktion des Centrums bekennende Oberstaats-  
anwalt Kannegeßer von einer zahlreich besuchten Wahlmännerversamm-  
lung einstimmig zum Abgeordneten gewählt, und auch an anderen Orten  
treten einzelne Liberale wieder allmählich aus ihrer Zurückgezogenheit her-  
vor. Vielleicht hat die Pause, zu welcher die Partei sich verurtheilt sah,  
genügt, indem sie die Unentbehrlichkeit einer Mittelpartei bewies, aber  
diese Pause darf nicht so lange währen, daß die anderen Parteien erst  
einen Zustand herbeiführen, der kein gemäßigtes Regiment mehr gestattet.  
In den seit zwei Jahren bestehenden Unregelmäßigkeiten hat sich klar ge-  
zeigt, daß die von unseren extremen Parteien ausgewechselten Versiche-  
rungen ihrer Verfassungstreue Heuchelei waren; sie wollen die Verfas-  
sung, aber nur nach ihrer allein maßgebenden Auslegung, wohl wissend,  
daß die Verfassungsurkunde ein Werk ist, welches durch willkürliche Aus-  
legung illusorisch zu machen ist. Mit dem Schein des Rechts würde man  
also den Willen einer Partei durchsetzen und zum Gesetz erheben.

Eine sachgemäße Auslegung der Verfassung findet sich, wie das ge-  
samte parlamentarische Leben beweist, nur bei der Centrumpartei,  
welche als die eigentliche Hüterin der Verfassung zu betrachten ist. In  
einem Konflikt, in dem es sich darum handelt, die Verfassung auszulegen  
und die bei diesem Versuch entstandenen Differenzen zu schlichten, ist da-  
her die Mittelpartei unentbehrlich, da von ihr erwartet werden darf, daß  
sie die Verfassungsurkunde durch sie selbst interpretiert, nicht nach Par-  
teizwecken.

Es ist gewiß ein großer Gewinn, wenn die Regierung einsieht, daß  
die Mitwirkung der Mittelpartei in dem jetzigen Konflikt vonnöthen ist,  
und danach ihre Stellung zu derselben nimmt, nicht um sie zu benutzen,  
sondern mit ihr zu gehen. Die Ultraliberalen haben es niemals abge-  
lehnt, mit dem Ministerium Bismarck es zu versuchen, aber billiger  
Weise entgegenkommende Schritte erwartet. Würde das Ministerium  
sich zu solchen entschließen, so würde die Centrumpartei, wie wir schon  
öfter ausgesprochen uns erlaubt haben, bald wieder gesammelt und or-  
ganisirt sein, ja, sie würde wahrscheinlich in dem nächsten Abgeordneten-  
Haufe die Entscheidung in die Hand bekommen.

Die in dem Programm des Herrn Kannegeßer ausgesprochene Er-  
wartung, daß sich manche in die Centrum-Parteien widerwillig hinein-  
getriebenen Glieder, sobald der feste Kern einer Mittelpartei vorhanden  
wäre, wieder dort ablösen und ihm zufallen würden, erscheint vollkom-  
men berechtigt. Nur mehr solche Stimmen, und es wird neuer Muth  
über die Partei kommen. So muß es die Partei denn doch endlich wieder  
zu einem gemeinsamen Programm bringen. Wie wenig Werth im All-  
gemeinen Programme auch haben, bei dem gegenwärtigen Zerfall der  
Gemäßigten und der herrschenden Ungewißheit über die Absichten der Re-  
gierung ist ein Sammeln dieser Partei ohne die allgemeinen Züge eines  
Programms nicht möglich, und ein Programm wird also ihr erstes  
kräftigeres Lebenszeichen sein müssen, schon deshalb, um bald darüber auf-  
geklärt zu werden, wie die Regierung zu demselben steht. Mit Recht ist das-  
selbe von den Koryphäen der Ultraliberalen zu erwarten, und wir appelliren an  
die Herren Schwerin, Camphausen, Vincke, Auerwald, Männer, welche in  
erster Linie verpflichtet sind, dem Staate in seiner jetzigen schwierigen Lage  
ihre Dienste nicht zu entziehen; gehen sie aber nicht voran, so sind alle  
anderen Parteigenossen berechtigt, wie verpflichtet, zu einer Konsolidirung  
durch Aufstellung eines Programms mitzuwirken, und sollten sich auch  
nur in den einzelnen Provinzen die Ultraliberalen um ein gemeinsames  
Credo sammeln.

Was unsere Provinz betrifft, so dürfte dies hier so schwer nicht  
halten, da der gemäßigte Liberalismus in ihr zweifellos einen überwie-  
genden Anhang hat, und ihm bei bevorstehenden Nachwahlen daher auch  
wohl noch die Möglichkeit geboten werden würde, im Sinne eines von  
ihm ausgegangenen Programms auf den Ausfall derselben einzuwirken.

## Deutschland.

**Preußen.** Berlin, 25. November. Dem Vernehmen nach  
sind diejenigen Bundesregierungen, welche einen gegen die bisher dem An-  
schein nach von Preußen in der Herzogthümer-Frage vertretenen Ansich-  
ten gerichteten Antrag am Bunde vorbereiteten, in vertraulicher Weise  
ersucht worden, diesen Antrag, weil demselben unter den gegebenen Um-  
ständen leicht eine verbitternde demonstrative Bedeutung beigelegt werden  
könnte, um so eher fallen zu lassen, als nach Lage der desfalls gepflogenen  
Verhandlungen das Zustandekommen eines aus der gemeinsamen  
Initiative der beiden Großmächte hervorgegangenen Antrages  
im Sinne der vollsten Wahrung der Mitwirkung des Bundes bereits  
als principiell gesichert erscheine.

Der militärische Oberbefehl über die neuen Besatzungs-  
truppen in Schleswig und Holstein ist, wie schon gemeldet, dem  
bisherigen kommandirenden General des kombinierten preussischen Arme-  
corps, Herwarth v. Bittensfeld, übertragen. Die nach Schleswig-  
Holstein kommandirten preussischen Infanterie- und Kavallerie-Regimen-  
ter bilden eine kombinierte Division unter Befehl des Generals v. Can-  
stein, die Infanterie-Regimenter werden in zwei Brigaden unter den  
Generalen v. Bentheim und v. Korth, die Kavallerie-Regimenter zu einer  
Brigade unter General v. Flies vereinigt. Die höheren Kommandos in  
Schleswig-Holstein sind hiernach sämtlich in Händen von Generalen,  
welche an der Befreiung des Landes hervorragenden Antheil genommen  
haben, nämlich Herwarth, Canstein, Bentheim, Korth, Flies. — Die  
„Militärischen Blätter“ melden: Die zur Besetzung von Schleswig-  
Holstein abrückenden preussischen Regimenter haben sich so einzurichten,  
daß sie vorläufig drei Jahre in den Herzogthümern stehen bleiben.

Wie versichert wird, will Preußen nach der Erledigung der Frage  
über die provisorische Verwaltung der Herzogthümer und was damit zu-

sammenhängt, die Stände, wahrscheinlich die früheren, einberufen  
lassen.

— Nach dem „Nürnb. Corr.“ sollen die Mittelstaaten sich darüber  
geeinigt haben, daß 1) die Exekution zwar als erledigt anzusehen, die  
Bundesstruppen jedoch, behufs Wahrung der in Frage kommenden Inter-  
essen, Rechte und Pflichten des Bundes aus den Herzogthümern nicht  
zurückzuziehen sondern in denselben, und zwar bis zur endgültigen Erledi-  
gung der Successions-Frage zu belassen seien, daß 2) die Kosten für die  
fernere Unterhaltung der Bundesstruppen in den Herzogthümern nach  
Maßgabe der Bundesmatrikel auf die einzelnen Bundesregierungen zu  
repartiren seien, und daß endlich 3) diese Unterhaltungskosten, wenn der  
Punkt ad 2 auf Widerstand stoßen oder sich nicht alsbald realisiren  
lassen sollte, vorläufig und vorbehaltlich einer späteren Liquidation von  
den Mittelstaaten und den sich denselben etwa sonst noch anschließenden  
Staaten allein aufgebracht werden sollen. — Die Lage der Mittelstaaten  
ist jedenfalls insofern eine nachtheilige, als sobald sie die Erledigung der  
Exekution anerkennen, erst ein neuer Bundesbeschluß zu Stande kommen  
muß, ehe sie einen neuen Anhalt erlangen.

— Die Nat.-Ztg. schreibt: König Christian IX. behauptet in seinem  
offenen Briefe, daß der größte Theil der Bevölkerung in Schleswig  
mit Herz und Zunge Dänemark angehöre, daß ein Theil Dänemarks vom  
Mittellande und vom Stamme losgerissen sei. Diese Behauptung steht  
ohne Zweifel im Widerspruch mit den tatsächlichen Verhältnissen, sie  
steht auch im Widerspruch mit der einstigen Aeußerung des eiderdänischen  
Ministers Orla Lehmann, der es den Schleswigern erst mit dem Schwerte  
auf den Rücken schreiben wollte, daß sie Dänen seien. Aber sie entspricht  
gewiß den gegenwärtigen Anschauungen des dänischen Volkes. Und  
wenn der König in dem Augenblicke der Niederlage und der erzwungenen  
Verzichtleistung noch ausdrücklich die Hoffnung aufrecht hält, und auf die  
Zukunft verweist, welche denen gehört, die da ernstlich wollen, so mag das  
in seinem Munde hauptsächlich eine Koncession an das Nationalgefühl  
seines Volkes sein. Wenn wir aber an die Kraft dieses Nationalgefühls und  
an die gewaltige Energie denken, mit welcher das dänische Volk allen Gefah-  
ren zum Trotz bisher seine nationale Idee geltend gemacht, so können wir nicht  
zweifeln, daß bei irgend einer glücklichen Chance, bei der nächsten günsti-  
gen Konjunktur der Versuch gemacht werden wird, die vorbehaltene Hoff-  
nung zu realisiren, die Zukunft in Schleswig wieder zu gewinnen. Die  
Dänen betrachten die Abtretung nicht als definitiv. Die Herzogthümer  
müssen auf neue Kämpfe gefaßt sein, in denen Dänemark nicht allein  
stehen wird. Ihre Sicherheit, ihre politische Existenz müssen sie von  
dem Schutze Deutschlands erwarten, und können sie nicht von dem  
Glasause des deutschen Bundes, sondern nur von der Garantie einer  
realen Macht erwarten. Dafür müssen sie zur wirklichen Stärkung  
deutscher Macht beitragen, und zu dem Ende das Opfer realer Unter-  
ordnung bringen. Herzog Friedrich hat kürzlich in Kiel der Dankbarkeit  
gegen Preußen und der Nothwendigkeit einer engen Verbindung Worte  
gegeben. Aber ausdrücklich hervorgehoben hat er nur den maritimen  
Anschluß an Preußen. Der allein kann nicht genügen; er könnte  
leicht dahin führen, daß Preußen zum Schutze deutscher Interessen und  
zum materiellen Gewinn der Herzogthümer dort mit seinem Gelde kost-  
spielige Werke ausführen und neue Opfer bringen müßte. Wir müssen  
außer dem maritimen auch den militärischen und diplomatischen Anschluß  
fordern. Erst dann werden sich Leistung und Gegenleistung im Gleich-  
gewicht befinden. Für die erkämpfte Unabhängigkeit und für ihre künf-  
tige Garantie muß Preußen einen realen Machtzuwachs verlangen, da-  
mit es nicht statt einer Stärkung nur eine Erweiterung seiner Aufgaben  
erhalte. Ein wirklicher Machtzuwachs für Preußen und für Deutsch-  
land liegt nicht darin, daß eine neue Kleinstaats-Armee den bestehenden  
in dem Marasmus der Bundeskriegsverfassung angereicht wird, sondern  
nur in der festen, zuverlässigen Unterordnung der militärischen Kräfte  
dieser Länder unter Preußen. Nur in solcher Unterordnung können sie  
Etwas leisten und die Leistungsfähigkeit Preußens erhöhen. Wir wissen,  
wie schwer sich der deutsche Partikularismus unterordnet, wie leicht er  
Vorwände findet, sich der wirklichen Unterordnung zu entziehen. Aber  
wir meinen, daß nirgends die Hindernisse geringer und die Umstände  
dringender sind, um eine solche Unterordnung herbeizuführen. Während  
wir das Verlangen der Herzogthümer, die Selbstständigkeit in ihren inne-  
ren Angelegenheiten zu behaupten, vollkommen berechtigt finden, müssen  
wir unter allen Umständen die militärische Oberhoheit Preußens in die-  
sen Ländern verlangen.

— Se. Majestät der König ist gestern Abend 10 1/2 Uhr in Be-  
gleitung J. K. H. des Prinzen Albrecht, des Prinzen Friedrich  
Karl und des Prinzen Albrecht (Sohn) nach Minden abgereist, um  
dort die aus Schleswig zurückgekehrten Truppen der 13. Division unter  
dem General-Lieutenant v. Winklerode zu besichtigen. Se. Majestät  
gedenkt nach der Besichtigung, welche auf der Haide bei Minden stattfin-  
den soll, Nachmittags die Rückreise nach Berlin anzutreten und heute  
Abend wieder hier einzutreffen. (S. oben.)

— Die „N. Allg. Z.“ schreibt: Wie der Staatsanzeiger gemeldet,  
hat der neue englische Botschafter, Lord Napier, am vergangenen  
Sonntage seine Antrittsaudienz bei Sr. Majestät dem Könige gehabt.  
Diesem Diplomaten geht hinsichtlich der Erfolge seiner bisherigen amt-  
lichen Thätigkeit der Ruf voran, daß er es auf den verschiedenen von ihm  
eingenommenen Posten verstanden, die Beziehungen seiner Regierung zu  
der, bei welcher er beglaubigt war, freundschaftlich zu gestalten. Man  
darf daher wohl mit Recht aus der Ernennung Lord Napiers am hiesi-  
gen Hofe günstige Schlüsse für die Zukunft unseres Verhältnisses zu  
England ziehen.

— Nachdem gegen die in Frankfurt a. M. erscheinende Zeitschrift  
„Europe“ wiederholt rechtskräftige auf Vernichtung lautende Erkennt-  
nisse gemäß §. 50 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 ergangen sind,  
ist, nach einer heute im „Staatsanzeiger“ publicirten Bekanntmachung  
des Ministers des Innern, auf Grund des §. 52 desselben Gesetzes die













